

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlags- und Druckerei: Dresden, Hauptstraße 24/25

Abonnementpreise: Vierteljährlich 3,00 Mk., halbjährlich 5,50 Mk., jährlich 10,00 Mk.

Druck: 1000 Exemplare

## Das Nachgeben des Pfundkurses

### Wieder ein französisches Finanzmanöver

London, 20. Oktober. Die englische Presse befaßt sich eingehend mit dem am Mittwoch erfolgten Nachgeben des Pfund und erklärt, daß außer den Saisoninflüssen auch andere Gründe für den Fall verantwortlich gemacht werden müßten.

Obwohl sehr stark Sterlings angeboten worden seien, so sei, wie „Financial News“ berichtet, einer der Hauptgründe französische Dollarkäufe gegen Sterlinge gewesen.

Man habe aber eine offizielle Intervention verspüren können, die sofort erfolgreich gewesen sei. Man müsse damit rechnen, daß das englische Pfund noch nicht seinen tiefsten Stand erreicht habe, obwohl es möglich sein werde, daß Pfund noch länger auf seinem jetzigen Stande zu halten.

Die Theorie, daß englische Devisenkäufe stattgefunden hätten, um die Zahlungen der am 15. Dezember fälligen Kriegsschulden an Amerika vorzubereiten, dürfte nicht stimmen.

Im „Daily Telegraph“ wird erklärt, daß keine amtliche Behauptung über die beabsichtigte Kriegsschuldenzahlung zu erhalten gewesen sei.

Die „News Chronicle“ weist auf die Gefahr solcher Gerüchte hin, die im Ausland Unruhe erwecken müßten.

well eine etwaige Zahlung von Kriegsschulden seitens England das ganze Ausland über den Haufen werfen würde.

Es sei daher fraglich, ob die englische Regierung das Recht habe, aus eigener Machtvollkommenheit die Zahlungen an Amerika wieder aufzunehmen. Sie müsse hierzu vielmehr die Zustimmung des Parlaments haben.

Man habe keinen Grund zu bezweifeln, daß MacDonald nach den Präsidentschaftswahlen in Amerika die Kriegsschuldenfrage ansprechen werde, und zwar noch bevor die Zahlungen fällig würden.

### Moskau Urheber der Londoner Unruhen

London, 20. Oktober. Die neuerlichen Londoner Arbeitslosenunruhen kamen am Mittwochabend auf Antrag des Oppositionsführers Lansbury im Unterhaus zur Sprache. Innenminister Sir John Simon erklärte zunächst, daß insgesamt 37 Polizisten und nur dreizehn Demonstranten verletzt worden seien.

Die Unruhen seien auf so mangelhafte Anweisung zurückzuführen. Sie seien Teile eines großen von Moskau aus geleiteten Agitationsplanes. Die Polizei habe bei den Unruhen festgestellt, daß die Demonstranten eine für England ganz neue Technik des Straßenkampfes angewandt hätten.

wie sie von der kommunistischen Internationale vorgeschrieben sei. Es sei ohne Zweifel, daß zwischen der englischen Arbeitslosenbewegung, die über dreihundert Zweigstellen in ganz England habe, und Moskau eine unmittelbare Verbindung bestehe.

Letzten Jahren indirekt erwiesen habe, würden im heutigen Berlin weder erkannt noch gewürdigt.

Am Schluß des offenen Briefes Hitlers heißt es wörtlich: „Ich halte, Herr Reichsfiskus, aus meinem geistigen, sozialen und politischen Gewissen heraus Ihre Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik für falsch, ja für im höchsten Maße verderblich für Deutschland.“

Ich sehe als Folge eines Andauerns Ihrer Regierung über eine längere Zeit nicht nur

ein erneutes Aufleben unserer alten Klassengegensätze, sondern die drohende Gefahr einer dann nicht mehr zu verhindernden Völkerverwilderung.

Ich sehe mich daher gegen Sie und Ihre Politik mit meiner Bewegung so zur Wehr, als ob wir „das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation“ wären. Das Sie, Herr Reichsfiskus, aber uns deshalb, weil wir insbesondere die unmögliche Art der Wahrnehmung der außenpolitischen Interessen der deutschen Nation durch Ihre Regierung ablehnen, einfach als „Feinde des deutschen Volkes“ hinstellen, ist so unnatürlich, daß uns nur die legale Befolgung der Gesetze verhindert, Ihnen die darauf nötige Antwort zu geben.

Ich wende mich aber an die Millionen meiner Anhänger, die ich bitte, diese meine Darlegungen nichtern prüfen und in Vergleich zu Ihrer Rede setzen zu wollen.“

Der offene Brief Hitlers ist aus Koburg, den 16. Oktober, datiert.

### „Was würde Frankreich tun, wenn Deutschland wieder aufrüstet?“

Paris, 20. Okt. Die „Populaire“ berichtet, daß der radikale Abgeordnete und Bürgermeister von Rouen, Metayer, im Verlaufe der gestrigen Sitzung des Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten dem Ministerpräsidenten Herriot die Frage vorgelegt haben:

„Was würden Sie tun, wenn Deutschland wieder aufrüstet?“

Herriot soll darauf geantwortet haben: „Die Regierung würde den Internationalen Gerichtshof im Haag mit der Beilegung des Versailler Vertrags durch Deutschland beauftragen.“

Darauf soll Metayer die weitere Frage gestellt haben: „Wenn nun der Internationale Gerichtshof Frankreich nicht recht gäbe, was dann?“ Herriot soll geantwortet haben: „Dann wären zwei Lösungen möglich: Gewaltmittel und juristische Mittel.“

Niemals würde die jetzige Regierung Gewaltmaßnahmen anwenden.“

Weiter befragt, ob die Verordnung der Reichsregierung vom 14. September über die Erthaltung der Tagung nicht dem Artikel 177 des Versailler Vertrags zuwiderlaufe, soll Herriot geantwortet haben, die juristischen Sachverhalte des Dual d'Orsay seien der Ansicht, daß diese Bestimmung dem Artikel 177 nicht widerspreche.

Was außerdem den deutsch-französischen Handelsvertrag anlangt, so soll sich Herriot der Auffassung des ehemaligen Handelsministers Rollin anschließen haben, die dahin geht, daß die französische Regierung den deutsch-französischen Handelsvertrag kündigen werde, falls die augenblicklich geführten Verhandlungen zur Abänderung gewisser Klauseln zu keinem für Frankreich befriedigenden Ergebnis führen würden.

### Herriots Dank für die Goethe-Medaille

Paris, 20. Okt. Der französische Ministerpräsident Herriot hat den französischen Botschafter in Berlin, Francois Ponce, beauftragt, dem Reichspräsidenten von Hindenburg seinen Dank für die Verleihung der Goethe-Medaille zum Ausdruck bringen. Francois Ponce wird Donnerstag wieder in Berlin eintreffen.

Auf Anfrage an Berliner zuständige Stelle wird mitgeteilt, daß die Verleihung der Goethe-Medaille an Herriot keinesfalls als politischer Akt anzusehen sei, sondern daß es sich bei der Verleihung dieser Medaille lediglich darum handelt, Verdienste aller Staaten und Völker, die sich um die Goetheforschung verdient gemacht haben, zu ehren. Herriot habe bekanntlich ein viel gefeiertes Buch über Goethe geschrieben und somit einen Beitrag zur Goetheforschung geleistet.

### Hundertköpfige Schmugglerbande gestellt

Köln, 20. Okt. Zollbeamte stellten am Mittwoch im Rader Wald eine Schmugglerbande von 100 Personen und beschlagnahmten eine große Menge Waren.

## Kritik an der Gesamtpolitik v. Papens

### Hitlers Antwort auf die Münchner Rede

München, 20. Okt. Im „Völkischen Beobachter“ wurde heute die Antwort Adolf Hitlers auf die Münchner Rede des Reichsfiskus von Papen veröffentlicht. Die Antwort umfaßt fast vier Seiten in dem großen Format des nationalsozialistischen Hauptorgans. Hitler bezeichnet es als die Aufgabe seiner Regierung, die Unzufriedenheit der Nation, sondern auch des Handels des Herrn von Papen aufzuzeigen, daß für die Nation nicht nur unannehmlich, sondern auf das Äußerste bedenklich sei.

Die Krise der deutschen Wirtschaft sei eine Erscheinung, die in ihren letzten Ursachen mit einem nur wirtschaftlichen Bestand nicht begriffen werden könne.

Das wirtschaftliche Denken erlebe immer zum Engländer und nur das völkisch-politische Denken zum Idealismus und Heroismus.

Niemals aber benötige ein Staatsmann diese gewaltigen Kräfte mehr als in einem Augenblick, wo eine scheinbar erdrückende wirtschaftliche Not nur durch die ungeborenen Anstrengungen überwunden und beseitigt werden könne. Was habe Herr von Papen aus dem nationalsozialistischen Programm zur Arbeitsbeschaffung gemacht? Eine armelige Aktion, höchstens zur Belebung des Geldverkehrs der Banken, aber gänzlich unzulänglich für den angegebenen Zweck der Arbeitsbeschaffung.

Den Millionenarmeen der Massen werde nicht geholfen. An diesen Massen aber müsse sich die Notverordnung erproben. Die Notverordnung werde die Probe nicht bestehen. Ebenso verhalte es sich mit dem Programm einer Arbeitsdienstpflicht, aus der man eine ebenso verfehlte wie unzulässige Einrichtung gemacht habe.

Während die Nationalsozialisten die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht wollten, habe der Reichsfiskus eine Institution auf-

gegründet, die zwar ein wenig mehr zu einer Gefahr als zu einem Segen des deutschen Volkes werden müßte.

Nicht minder systemlos und unlogisch sei die Stellenanfrage Papens zum Gesamtreich der sozialen Fragen. Wenn der Kanzler sein Wort vom Wohlfahrtsstaat dahin abgeändert habe, daß der Staat keine Versorgungsgarantie sei, so sage er, unter keinen Umständen könne der Staat seine Ministererflichkeit an der Lebenshaltung, in Lebenserhaltung von Millionen seiner Bürger aufrechterhalten oder gar vertreten, ohne daß er sich selbst auf die Dauer in Anarchie auflöse.

Hitler antwortet sich dann zur Frage der Staatsauffassung.

Die Auffassung eines Gottesgnadentums sei bei unseren Monarchen schon überlebt und nicht mehr auszuhalten gewesen. In der heutigen Zeit sei sie aber einfach abtrotzt. Es gehöre die ganze gedankliche Oberflächlichkeit unserer alten Herrschaft dazu, sich einbilden zu können, daß man einer elementaren Weltanschauung eine „machtvolle und autoritäre Regierung“ gegenüberstellen könnte. Entweder habe Herr von Papen keine Ahnung von der Welt, in der der Rest Europas und in erster Linie Deutschlands sich dem Bolschewismus gegenüber befindet, oder er glaube wirklich, daß einer Weltanschauung ein „Kabinett“ gegenübergestellt werden könne. Was er rede, sei nichts anderes, als wenn jemand die Auffassung vertreten wollte, man könne eine Religion beseitigen oder gar ersetzen durch eine „Regierung“. Papen spreche von einer „grundtätigen neuen Staatsführung“, die National-

sozialisten aber von einer grundtätigen neuen Erziehung unseres Volkes in allen seinen Schichten.

Hitler kommt dann auf die Vorgänge des 18. August zu sprechen.

Wenn der Reichsfiskus die Behauptung aufstelle, daß die Partei oder er die gesamte Macht gefordert hätte, so sei das eine Unwahrheit. Aber gerade weil der verhandlungsbereite Minister ihm erklärt habe, daß eine Reihe der wichtigsten Ministerien zum mindesten im Augenblick vom Reichspräsidenten dem Nationalsozialisten verweigert werden würde, habe er um so mehr die Forderung stellen müssen, daß dann die Stelle des Reichsfiskus der Bewegung zuzumane. Wie könne Herr von Papen von einer Forderung der gesamten Macht reden, während er doch genau wisse,

daß von vornherein Reichswirtschaftsministerium, Reichswirtschaftsminister, Reichsfinanzministerium, Reichsjustizministerium, Reichspostministerium und Reichsernährungsministerium von den Nationalsozialisten nicht befehligt werden sollten?

Zur Außenpolitik erklärt Hitler, schon der Erfolg des Reichstags in Lausanne sei mehr als unbefriedigend gewesen. Herr von Papen habe sich in Lausanne auf die Grundlage eines Kompromisses zwischen Reparationen und Gegenleistungen bringen lassen und sei in einer neuen Reparationsanerkennung festengebunden, während die Gegenleistungen selbstverhandlungsmäßig ausfielen. Viel verhängnisvoller sei die Art der Behandlung des Abwicklungsproblems. Es hätte genügt, den Willen Frankreichs, nicht abzurufen, vor der ganzen Welt eindeutig klarzustellen und dann die Konsultation mit dem Vorkomitee zu verlassen, daß damit der Friedensvertrag von Versailles von den Signatarmächten selbst verletzt sei und Deutschland sich vorbehalten müßte, daraus unter Umständen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Daß Deutschland aber durch die unklaren Formulierungen seiner Weisungen und durch eine noch ungeläutere Taktik der Auslieferung an Frankreich nunmehr bis zu einem gewissen Grade sogar eine Einheitsfront der Signatarmächte gegen Deutschland herstellte, das sei das Schlimmste gewesen, was passieren konnte.

Hitler wendet sich weiter gegen die Marinepolitik Papens. Wenn Herr v. Papen geglaubt habe, schon jetzt eine maritime Forderung anzugehen zu müssen, dann hätte er sich erst in London über die Zustimmung oder Ablehnung Klarheit verschaffen müssen. Denn ein vertrauensvolles Verhältnis zu England sei heute Bedingung für die Zukunft Deutschlands und wolle nicht einsehen,

daß diese Gleichberechtigung praktisch so lange eine wertlose Formel bleibe, als sie sich nicht in der Wiederherstellung der deutschen Verteidigungsfähigkeit ausdrücke.

Es sei klar, daß Deutschland, daß mit allen Mitteln danach streben müsse, eine weitere Weibehaltung oder gar Stärkung der französischen Hegemonie zu verhindern, dies nur im engheren Zusammenhange mit England und Italien erreichen könne. Werdezu Anfang sei es, zu glauben, man würde die fehlende Fühlungnahme und Uebereinstimmung mit England und Italien durch Herstellung besserer Beziehungen zu Frankreich erreichen können. Man wolle in England keinen deutsch-französischen Krieg, aber noch viel weniger eine deutsch-französische Verständigung. Die Dienste, die Italien dem deutschen Volke in den

In dieser Nummer beginnt unser neuer Roman